

eine Klaglosstellung ist, dass ein für den Beschwerdeführer nachteiliger Rechtszustand vorherrschen muss, der durch eine Klaglosstellung beseitigt werden kann.

Der Staatsgerichtshof unterscheidet in seiner Rechtsprechung zwischen ursprünglichem Fehlen der Beschwer und nachträglichem Wegfall der Beschwer. Die Beschwer fehlt im ursprünglichen Sinn, wenn dem Beschwerdeführer von Anfang an, d.h. bei Gerichtsanhängigkeit⁸²⁰, die Beschwer abgeht, weil er inzwischen klaglos gestellt worden ist oder wenn der Beschwerdeführer deshalb nicht beschwert ist, weil er im fachgerichtlichen Verfahren bereits das erhalten hat, was er begehrt hat.

Ist die Beschwer nachträglich weggefallen, kann es sich im Individualbeschwerdeverfahren in aller Regel nurmehr um eine Klaglosstellung bzw. um eine formelle oder materielle Klaglosstellung (Gegenstandslosigkeit der Beschwerde) handeln.⁸²¹ Nach der neueren Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes geht es denn auch im Falle des nachträglichen Wegfalls der Beschwer bzw. des aktuellen Rechtsschutzinteresses generell um eine Beschwerde, die gegenstandslos geworden und daher gemäss Art. 42 Abs. 1 StGHG mit Beschluss einzustellen ist.⁸²² Der Staatsgerichtshof hat sich weder in StGH 2006/42⁸²³ noch in StGH 2006/72⁸²⁴ mit der Frage befasst, ob man es mit einer formellen Klaglosstellung (Art. 42 Abs. 1 Satz 1 StGHG) oder mit einer materiellen Klaglosstellung bzw. Gegenstandslosigkeit der Beschwerde (Art. 42 Abs. 1 Satz 2 StGHG) zu tun hat. Er hat beide Fälle als eine Angelegenheit des nachträglichen Wegfalls der Beschwer bzw. des Rechtsschutzinteresses betrachtet, welchen er unter den Tatbestand des Art. 42 Abs. 1 Satz 2 StGHG subsumiert. Verfahrensrechtlich spielt diese Differenzierung keine Rolle, da in beiden Fällen das Verfahren mit Beschluss einzustellen ist. Bedeutsam ist jedoch vor dem Hintergrund von Art. 42 und 43 StGHG die Frage, ob eine Klaglosstellung oder ein sonstiger Fall der

820 Siehe auch StGH 2006/42, Beschluss vom 4. Dezember 2006, nicht veröffentlicht, S. 6 und StGH 2006/72, Beschluss vom 4. Dezember 2006, nicht veröffentlicht, S. 5, wo der Staatsgerichtshof die Formulierung «von Anfang an» durch «also schon im Zeitpunkt der Beschwerdeeinreichung» ersetzt.

821 Vgl. dazu aus österreichischer Sicht auch Schwarzer, S. 4 f.

822 StGH 2006/42, Beschluss vom 4. Dezember 2006, nicht veröffentlicht, S. 6 f. und StGH 2006/72, Beschluss vom 4. Dezember 2006, nicht veröffentlicht, S. 5 f.

823 StGH 2006/42, Beschluss vom 4. Dezember 2006, nicht veröffentlicht, S. 6 f.

824 StGH 2006/72, Beschluss vom 4. Dezember 2006, nicht veröffentlicht, S. 5 f.